



CDU

Wir in Tönisvorst.

CDU Info

Newsletter des CDU-Stadtverbandes Tönisvorst

Jetzt Online-Version abonnieren! Einfach E-Mail an: info@cdu-toenisvorst.de

Inhalt

1. Vorwort.....	1
2. Landesparteitag am 6. November 2010	2
3. Information zur Zukunft der Bundeswehr	2
4. Termine	3

1. Vorwort

Liebe Parteimitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde der CDU Tönisvorst,
sehr geehrte Damen und Herren,



mit der zweiten Ausgabe des Newsletters „CDU Info“ des Stadtverbandes der CDU Tönisvorst, informieren wir Sie über aktuelle Themen der Bundes- und Landespartei.

Thema dieses Newsletters ist der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU am 6. November 2010 sowie die Zukunft der Bundeswehr. Außerdem möchte ich besonders auf die unter Punkt 4 aufgeführten Termine der CDU und ihrer Vereinigungen hinweisen. Über Ihre Unterstützung oder Ihren Besuch würden wir uns sehr freuen!

Haben Sie darüber hinaus Fragen, Anregungen oder Kritik dann schreiben Sie uns an info@cdu-toenisvorst.de oder rufen Sie unter 02151/ 700 810 an.

Viel Spaß mit der neuen Ausgabe der "CDU Info".

Herzliche Grüße
Ihr

Jörg Geulmann

2. Landesparteitag am 6. November 2010

Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist in einer spannenden Phase ihrer Geschichte: Die ersten Regionalkonferenzen zur Vorbereitung der Mitgliederentscheidung über den neuen Landesvorsitzenden haben mit überwältigender Beteiligung begonnen. Die Partei befindet sich im Aufbruch!

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu neuen Gesichtern, Positionen und Erfolgen ist der Landesparteitag am 6. November 2010 in Bonn.



Anbei erhalten Sie die vorläufige Tagesordnung (Anlage 1) mit den voraussichtlichen Beratungspunkten zu diesem 32. Landesparteitag. Ferner erhalten Sie den Leitantrag des Landesvorstands (Anlage 2), der unter der Überschrift „Schulvielfalt statt Schuleinfalt“ in der letzten Sitzung des Landesvorstands am 30. August 2010 beschlossen wurde. Mit diesem Antrag will die CDU ihr schulpolitisches Profil schärfen und eine Debatte zur Zukunft der Schullandschaft und der Bildungsinhalte in unserem Land anstoßen.

3. Information zur Zukunft der Bundeswehr

Die Zukunft der Bundeswehr und des Wehrdienstes sind Themen, die innerhalb der CDU sowie weit darüber hinaus intensiv diskutiert werden. Die Entscheidung über die künftige Ausgestaltung der Wehrform ist von solcher Tragweite, dass eine intensive Diskussion in der ganzen Union wichtig ist, um letztlich gemeinsam eine Lösung beschließen zu können.

Um die Diskussion über die Zukunft des Wehrdienstes zu erleichtern, hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle Informationen zur Zukunft der Bundeswehr und des Wehrdienstes sowie zu den damit zusammenhängenden sicherheitspolitischen Aspekten zusammengestellt (Anlage 3). Diese erhalten Sie anbei. Unter www.cdunet.de hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle außerdem ein eigens für dieses Thema eingerichtetes Diskussionsforum eröffnet.

Zur besseren sicherheits- und verteidigungspolitischen Einordnung und den sich daraus ergebenden Vorgaben und Anforderungen für die Bundeswehr erhalten Sie außerdem beigelegt einen Brief des Bundesministers der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg (Anlage 4).

4. Termine

Mi., 16.09.2010	Fahrt zur Zeche Zollverein (FU)
Fr., 17.09.2010	Oktoberfest für Mitglieder und Freunde (CDU)
Mi., 22.09.2010	Offene Vorstandssitzung mit Christian Weisbrich im Gasthaus Fyen (SU)
Do., 30.09.2010	„Pflegebedürftig, was nun?“ Vortrag mit Rainer Petersen im St. Töniser Ratssaal (SU)
Sa., 04.12.2010	Glühweinstand beim Weihnachtsmarkt (CDU)
So., 05.12.2010	Glühweinstand beim Weihnachtsmarkt (CDU)
Mi., 15.12.2010	Fahrt zum Weihnachtsmarkt Schloss Moyland (FU)



32. Landesparteitag, 6. November 2010, Bonn

Vorläufige Tagesordnung:

Ökumenische Morgenbesinnung mit Totenehrung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Formalien
3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Bericht des Generalsekretärs
5. Bericht des Landesschatzmeisters
6. Bericht der Rechnungsprüfer
7. Aussprache zu den Berichten
8. Entlastung des Landesvorstands
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Wahl der/des Landesvorsitzenden
11. Wahl der/des Generalsekretärin/Generalsekretärs
12. Wahl der 5 stellvertretenden Landesvorsitzenden
13. Wahl der/des Landesschatzmeisterin/Landesschatzmeisters
14. Wahl der 31 weiteren Mitglieder des Landesvorstands
15. Wahl der 3 Rechnungsprüfer/innen
16. Bericht des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion
17. Anträge, u.a. Leitantrag des Landesvorstands (schulpolitische Leitsätze)
18. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Nationalhymne



CDU

Leitantrag des Landesvorstands
der CDU Nordrhein-Westfalen

Schulvielfalt statt Schuleinfalt

Schulpolitische Leitsätze der CDU Nordrhein-Westfalen

32. Landesparteitag
6. November 2010, Bonn

Inhaltsübersicht

I.		3
	Die derzeitige Situation	3
	Ziel der CDU in Nordrhein-Westfalen: Vertrauen und Anerkennung.....	4
	Ziel der SPD-geführten Landesregierung: Festhalten an alten Debatten und ideologischen Vorstellungen	5
	Notwendigkeit einer Neuorientierung durch die empirische Forschung.....	6
	Schulvielfalt statt Schuleinfalt – Wahlfreiheit statt Zwang	7
	Schulfrieden nur mit einem vielfältigen Schulwesen	7
	Föderaler Wettbewerb als Vorteil	8
II.		8
	Schulstrukturdebatte und SPD: Jahre der Vergeblichkeit.....	8
	Perspektivwechsel 2005	9
III.		11
	Individuell fördern	11
	Früher gemeinsam lernen.....	11
	Eigenverantwortung der Schulen mit Leben füllen	12
	Ganztagsschule ausbauen	12
	Leistungsbereitschaft und Anstrengung anerkennen	12
	Erziehung, Persönlichkeitsbildung und Befähigung zur Ausbildung ernst nehmen	13
	Moderne Lehrerbildung umsetzen	13
	Regionale Vernetzung fördern.....	14
	Entscheidungen vor Ort treffen – Schulträger stärken.....	14
	Durchlässigkeit fördern, Übergänge besser organisieren	14
	Inklusion fördern.....	15
	Bildungsbeteiligung von Zuwanderern verbessern	15
	Berufsschulen und Berufskollegs zu regionalen Kompetenzzentren ausbauen.....	16
IV.		16

- 1 Leitantrag des CDU-Landesvorstands an den
2 32. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen am 6. November 2010 in Bonn

3 **Schulvielfalt statt Schuleinfalt**

4 **Schulpolitische Leitsätze der CDU Nordrhein-Westfalen**

5 Bildung soll unsere Kinder und Jugendlichen dazu befähigen, ein selbstbestimmtes Leben
6 führen zu können. Schulbildung trägt wesentlich dazu bei und ermöglicht es den jungen
7 Menschen darüber hinaus, eigenständig und entsprechend ihren Fähigkeiten einen Be-
8 rufsweg wählen zu können. Vielfalt des Schulwesens ist hierfür eine notwendige Voraus-
9 setzung.

10 Rot-Grün ergeht sich in alten formalen Schulstrukturdebatten und will die Einheitsschule
11 flächendeckend einführen. Die CDU in Nordrhein-Westfalen konzentriert sich im Unter-
12 schied dazu auf die inhaltlichen Verbesserungen unseres Schulwesens und die individuelle
13 Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers.

14 Die vorliegenden Leitsätze dienen als Anstoß für eine offene Diskussion, die sowohl inner-
15 halb der CDU Nordrhein-Westfalen, aber auch in einer breiteren Öffentlichkeit zur Wei-
16 terentwicklung unseres vielfältigen Schulwesens geführt werden soll.

17 **I.**

18 ***Die derzeitige Situation***

19 Nordrhein Westfalen hat eine historisch gewachsene, ausdifferenzierte Schullandschaft. In
20 zur Zeit 671 Hauptschulen, 559 Realschulen, 630 Gymnasien, 221 Gesamtschulen, 727
21 Förderschulen, 52 Waldorfschulen, 56 Weiterbildungskollegs und 361 Berufskollegs wer-
22 den rund 2,8 Millionen Schülerinnen und Schüler von mehr als 195.000 Lehrerinnen und
23 Lehrern unterrichtet. Dieses komplexe Schulsystem war in der Vergangenheit und wird
24 auch in Zukunft einem steten Wandel unterworfen sein. Dabei spielt die demografische
25 Entwicklung eine wesentliche Rolle. Im Schuljahr 2020 wird es knapp ein Viertel weniger
26 Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I geben als heute. Bildungspolitik bewältigt

diese Herausforderung, wenn sie als Ordnungspolitik verstanden wird. Das nordrhein-westfälische Schulgesetz von 2006 ist Ausdruck dieser ordnungspolitischen Wende. Es gibt einen Rahmen vor, der Vielfalt im Wandel ermöglicht. Das geltende Schulgesetz sieht beispielsweise vor:

- die Zusammenarbeit von Schulformen (§ 4),
- den organisatorischen Zusammenschluss von Hauptschulen und Realschulen zu Verbundschulen (§ 83),
- den Zusammenschluss von Hauptschulen und Gesamtschulen zu Aufbauschulen der Sekundarstufe I (§ 83),
- die Erweiterung einer Hauptschule um einen Realschulzweig oder die Erweiterung einer Realschule um einen Hauptschulzweig (§ 83),
- Grundschulverbünde mit einklassigen Teilstandorten und Hauptschulen mit einer Klasse pro Jahrgang (§ 82),
- Den Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu Schulverbänden (§ 78),
- Schulversuche, Versuchsschulen und Modellvorhaben zur Weiterentwicklung des Schulwesens (§ 25).

Diese Möglichkeiten sind in den letzten Jahren von vielen Schulträgern genutzt worden, so wurden zwischen 2006 und 2009 rund 20 Verbundschulen eingerichtet. Dadurch hat sich die Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen in einer Weise positiv weiterentwickelt, wie es sie unter den vorherigen Landesregierungen nicht gegeben hat. Alle diese Änderungen von Schulformen sind im regionalen Konsens geschehen. Der regionale Konsens bleibt auch für die Zukunft unerlässlich. Das gilt auch für die im Schulgesetz vorgesehenen Modellversuche.

Ziel der CDU in Nordrhein-Westfalen: Vertrauen und Anerkennung

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist offen für eine sinnhafte Debatte über die zukunftsfähige Organisation des Schulwesens. Entscheidend ist der Geist, aus dem heraus die Organisati-

ons- oder Strukturfragen erörtert werden. Der jahrzehntealte Obersatz der Einheitsschulbefürworter in der alten Schulstruktur-Debatte lautete: „Wir brauchen eine Bildungspolitik, die die alten Strukturen überwindet.“ Dieses schulpolitische Grundbekenntnis ist auch der Leitgedanke des Parteitagebeschlusses der nordrhein-westfälischen SPD vom 25. August 2007. Dort heißt es: Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, eine hohe Bildungsbeteiligung und die Ausschöpfung aller Bildungsreserven lassen sich „mit dem gegenwärtigen Bildungssystem [...] nicht verwirklichen“. „Das gegliederte Schulwesen ist nicht zukunftsfähig“ (S. 9). Die hier zum Ausdruck gebrachte schulpolitische Grundhaltung ist die des Misstrauens und der Ablehnung. Den Schulen wird signalisiert: ‚Ihr seid veraltet, ihr seid nicht zukunftsfähig, unser Ziel ist eure Überwindung‘. Diese Grundhaltung hat das schulpolitische Klima in Bund und Land jahrelang nachteilig geprägt. Sie hat wesentlich zur Ideologisierung der Debatten beigetragen. Die Kontrahenten mauerten sich ein, nötige Reformen wurden nicht angepackt, Schulen wurden allein gelassen. An die Stelle einer misstrauenden und ablehnenden Grundhaltung trat 2005 unter der CDU-geführten Landesregierung eine Grundhaltung des Vertrauens und der Anerkennung. Jede Schule, gleich welcher Form, wurde wertgeschätzt. Das schulpolitische Ziel war nicht die Überwindung einer angeblich nicht zukunftsfähigen Schulstruktur. Das Ziel war, die Schulen, die da sind und sich sämtlich bemühen, ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag bestmöglich nachzukommen, besser auszustatten und ihnen im Rahmen eines verlässlichen Ordnungsrahmens Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Ziel der SPD-geführten Landesregierung: Festhalten an alten Debatten und ideologischen Vorstellungen

Die CDU Nordrhein-Westfalen hält die von 2005 bis 2010 vorgenommenen schulpolitischen Weichenstellungen für richtig. Sie hält das in dieser Zeit geschaffene Klima des Vertrauens und der Anerkennung für unerlässlich. Nur so kann es gelingen, unsere Schulen für die Zukunft weiter richtig aufzustellen und die Schulstruktur angemessen fortzuentwickeln. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht deshalb mit großer Sorge, dass die neue Landesregierung entschlossen scheint, die überwunden geglaubte alte Schulstrukturdebatte in Nordrhein-Westfalen wiederzubeleben. Die Ankündigung, mindestens 30 Prozent der allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I bis 2015 in „Gemeinschaftsschulen“¹

¹ Der Rechtsbegriff „Gemeinschaftsschule“ ist in der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens in Art. 12 festgelegt. Gemeinschaftsschulen sind als Schulart bei Grund- und Hauptschulen definiert in Abgrenzung zu Bekenntnisschulen.

umzuwandeln und neue Schulen in der Regel nur noch als „Gemeinschaftsschulen“ zu genehmigen, ist dafür der zweifelsfreie Beleg. Vor dem Hintergrund des Parteitagsbeschlusses der nordrhein-westfälischen SPD von 2007 ist dieses Vorhaben nur eine Etappe auf dem Weg zur flächendeckenden Einheitsschule gesehen werden. „Bei der Reform des Bildungssystems“, heißt es in diesem Parteitagsbeschluss, „darf es nicht mehr um das ‚Ob‘, sondern es muss um das ‚Wie‘ einer Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit in der Sekundarstufe I gehen [...] Deshalb streben wir in der Perspektive ein vollständig integratives System an, das bis zum ersten qualifizierten Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt“ (S. 10). Dieser Zielbestimmung entspricht die Koalitionsvereinbarung von Juli 2010. Dort heißt es: „Das nordrhein-westfälische Schulsystem ist den Anforderungen der Zukunft nicht gewachsen.“ Derselben Zielbestimmung entspricht auch die Haltung der SPD in den Koalitions-Sondierungsgesprächen mit der CDU. Dort hat die SPD auch dem in manchen Bundesländern favorisierten Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und fusionierter Haupt- und Realschule eine Absage erteilt.

Notwendigkeit einer Neuorientierung durch die empirische Forschung

Im Zusammenhang mit den PISA-Studien hatte die schulpolitische Debatte an Substanz gewonnen und an ideologischem Gehalt wohltuend verloren. Einen fachlichen Konsens darüber, dass ein vollständig integratives System die Voraussetzung für eine Verbesserung der Qualität von Schule ist, gibt es nicht. Die Zahl der Experten, die die Schulstruktur nicht für die entscheidende Variable für den Kompetenzerwerb halten, ist beeindruckend. Ebenso wenig gibt es einen fachlichen Konsens darüber, dass eine Verlängerung des gemeinsamen Lernens über die bisherige Grundschulzeit hinaus bis zur sechsten Klasse Schülerinnen und Schülern Vorteile bringt. Die empirische Lern- und Bildungsforschung nach PISA spricht zunehmend dafür, dass die Strukturfrage in der Vergangenheit überbewertet worden ist und vergleichsweise entscheidenden Fragen zu wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde. Dazu zählen insbesondere die Fragen der individuellen Förderung, der frühkindlichen Bildung, der Lehreraus- und -fortbildung oder der Gestaltung von Unterricht. Es hat in der Vergangenheit zu viele „Reformen“ gegeben, die keineswegs einen Fortschritt bewirkt haben, weil sie nicht auf der Grundlage gesicherten Wissens erfolgten.

113 ***Schulvielfalt statt Schuleinfalt – Wahlfreiheit statt Zwang***

114 Die CDU Nordrhein-Westfalen hält das vielfältige Schulwesen für entwicklungs- und für
 115 zukunftsfähig. Sie ist der Auffassung, dass unterschiedliche und durchlässige Bildungsgän-
 116 ge der Vielfalt von Begabungen und Interessen junger Menschen eher gerecht wird als ein
 117 uniformes System. Vielfalt ist lebendiger, bunter und spannender und bietet mehr indivi-
 118 duelle und soziale Chancen, als es landesweit uniforme Schulen könnten. Ein leistungsfä-
 119 higes Schulsystem ist durch Wettbewerb zwischen verschiedenen Schulen und mit ande-
 120 ren Schulsystemen gekennzeichnet. Die CDU hält es für ein hohes Gut, dass Eltern, Schüle-
 121 rinnen und Schüler zwischen verschiedenen Schulen wählen können. Ein vollständig inte-
 122 gratives System lässt niemandem eine Wahlmöglichkeit; wo es nur *ein* Angebot gibt, ist
 123 nichts mehr zu wählen. Dort herrscht Zwang. Auch die Grünen wollen diesen Zwang, den
 124 Zwang zur Vereinheitlichung. Frau Löhrmann will die sogenannte Gemeinschaftsschule
 125 „zum Regelfall“ machen. Damit opfert sie Vielfalt, Individualität und Wahlmöglichkeit auf
 126 dem ideologischen Altar der alten Strukturdebatte. Die Bevorzugung einer einzelnen Schu-
 127 le zu Lasten der anderen war der Fehler der alten Schulpolitik. Es darf nicht sein, dass heu-
 128 te wieder in den alten Fehler zurückgefallen wird. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich
 129 gegen diese geplante Einfalt strikt wehren. Sie ist der Überzeugung, dass modern und zu-
 130 kunftsgewandt nicht die Befürworter von Uniformität sind, sondern die Vertreter von Viel-
 131 falt und Individualität.

132 ***Schulfrieden nur mit einem vielfältigen Schulwesen***

133 Die nordrhein-westfälische Minderheitsregierung hat erklärt, sie wolle „versuchen, mit
 134 allen Fraktionen und allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren einen Konsens in der
 135 Schulpolitik zu erzielen“ (Koalitionsvertrag, Juli 2010). Die CDU Nordrhein-Westfalen ist zu
 136 einem offenen Dialog über alle Maßnahmen bereit, die zu einer Verbesserung der Qualität
 137 von Schule führen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will keinen Schulkrieg. Konsensorien-
 138 tierte Gespräche darüber, wie die Unterrichtsqualität verbessert werden kann und wie die
 139 gewachsene Schulstruktur vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und auf
 140 der Grundlage gesicherter bildungswissenschaftlicher Erkenntnisse fortentwickelt werden
 141 kann, sind mit der CDU Nordrhein-Westfalen jederzeit möglich. Eine Abschaffung des viel-
 142 fältigen Schulwesens ist im Konsens mit der CDU Nordrhein-Westfalen nicht möglich. Die
 143 CDU Nordrhein-Westfalen will kein vollständig integratives System. Entscheidend ist die
 144 Gewährleistung von Schulqualität. Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Verbund-

145 schulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Förderschulen und Berufsschulen leisten gute Ar-
 146 beit. Eine Änderung von Schulformen ist kein Selbstzweck; sie müsste regional unabweis-
 147 bare Gründe haben und kann nur im regionalen Konsens geschehen.

148 ***Föderaler Wettbewerb als Vorteil***

149 Das Grundgesetz hat die Bildungskompetenz der Länder festgelegt. Die Föderalismusre-
 150 form II hat diese Kompetenz noch einmal gestärkt. Nordrhein-Westfalen wäre als selb-
 151 ständiger Staat von der Bevölkerungszahl her eines der großen Mitglieder der Europäi-
 152 schen Union. Nordrhein-Westfalen ist größer als die Niederlande, doppelt so groß wie
 153 Schweden, mehr als doppelt so groß wie Österreich und dreimal größer als Finnland. Die
 154 CDU Nordrhein-Westfalen ist vor diesem Hintergrund der Auffassung, dass unser Land
 155 keinen Zweifel lassen sollte an seinem schulpolitischen Gestaltungswillen und seiner
 156 schulpolitischen Verantwortung. Der föderale Wettbewerb auch um die schulpolitisch bes-
 157 seren Lösungen ist ein Vorteil. Dabei müssen selbstverständlich die Freizügigkeit und Ver-
 158 gleichbarkeit innerhalb Deutschlands und auch innerhalb Nordrhein-Westfalens gewähr-
 159 leistet sein. Die schulpolitischen Pläne der rot-grünen Minderheitsregierung vor allem mit
 160 Blick auf G8 und G9 werden Schulwechsel selbst innerhalb Nordrhein-Westfalens erheb-
 161 lich erschweren. Es darf nicht zu Bildungsgrenzen innerhalb Deutschlands kommen. Aber
 162 selbstverständlich darf es auch keine Bildungsgrenzen innerhalb ein und desselben Bun-
 163 deslandes geben.

164 **II.**

165 ***Schulstrukturdebatte und SPD: Jahre der Vergeblichkeit***

166 39 Jahre lang hatte die SPD Zeit, ihren eigenen Anforderungen gerecht zu werden: Ein Bil-
 167 dungssystem, bei dem kein Kind und kein Jugendlicher auf der Strecke bleibt, eine Schul-
 168 landschaft, in der die Bildungsbeteiligung vor allem der sozial schwachen Gesellschafts-
 169 schichten erhöht wird. Was ist die Realität?

170 39 Jahre hat die SPD über die Schulstruktur als einzigem möglichen Weg zum Erreichen
 171 ihres Ziels debattiert. 39 Jahre hat die SPD immer wieder finanzielle Mittel in den Umbau
 172 und die Veränderung dieser Strukturen investiert.

173 Das Ergebnis: Nirgendwo in Deutschland wirkte sich in den Jahren bis 2005 die Herkunft
 174 von Kindern aus bildungsferneren oder sozial schwächeren Elternhäusern so nachteilig auf
 175 den Schulerfolg aus wie in Nordrhein-Westfalen. Lehrermangel und Unterrichtsausfall
 176 prägten das Schulleben. Hauptschülerinnen und Hauptschüler wurden benachteiligt. Sie
 177 waren die Leidtragenden, als die Politik ihrer Schulform keine Zukunft mehr gab. Kinder
 178 aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte wurden um Bildungschancen gebracht, weil sie
 179 ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult wurden. Das pädagogische Konzept der
 180 individuellen Förderung war ebenso in den Anfängen stecken geblieben wie das Konzept
 181 der selbständigen Schule. Der Ausbau von Ganztagschulplätzen blieb weit hinter den Er-
 182 fordernissen zurück. Dasselbe galt für das frühkindliche Betreuungs- und Bildungssystem.

183 Die Schulpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung stand deshalb 2005 vor der
 184 Aufgabe, diese krassen Fehlentwicklungen zu korrigieren, die die vorangegangenen Lan-
 185 desregierungen zugelassen oder befördert hatten. Die SPD-geführten Landesregierungen
 186 hatten sich nicht hinreichend um die Verbesserung der konkreten Situation von Schülerin-
 187 nen, Schülern, Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht gekümmert, dafür umso mehr um
 188 Organisationsfragen des Schulwesens. Die klassische Schulstruktur-Debatte und die Maß-
 189 nahmen, die aus dieser Debatte heraus umgesetzt wurden, haben jedoch nicht dazu ge-
 190 führt, dass die Leistungen des Schulsystems besser geworden sind und Schülerinnen und
 191 Schüler mehr Chancen erhielten, ihre Begabungen zu entdecken, ihre Fähigkeiten zu ent-
 192 falten und aktiv mit allen Rechten und Pflichten an unserer demokratischen Gesellschaft
 193 teilzuhaben. Die klassische Schulstruktur-Debatte, wie sie von der SPD geführt wurde und
 194 immer noch geführt wird, ist nutzlos. Sie führt zu Verunsicherungen der betroffenen Schü-
 195 lerinnen und Schüler, der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern. Sie ist nicht zielführend und
 196 daher vergeblich.

197 ***Perspektivwechsel 2005***

198 Die CDU-geführte Landesregierung hat 2005 bewusst die Perspektive gewechselt. Sie hat
 199 sich einer Fortsetzung der klassischen Schulform-Debatte verweigert und sich auf die Ver-
 200 besserung der konkreten Situation an den Schulen konzentriert. Von 2005 bis zum Schul-
 201 jahr 2010/11 wurden mehr als 8.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Der Unterrichtsausfall
 202 wurde binnen fünf Jahren seit 2005 fast halbiert. Die Quote der Schülerinnen und Schüler,
 203 die eine Klasse wiederholen müssen, sank im selben Zeitraum auf den niedrigsten Stand

204 seit 1997/98. Die individuelle Förderung wurde zur schulpolitischen Leitidee gemacht und
 205 neu ins Schulgesetz eingebracht. Die Selbständigkeit der Schulen wurde schulgesetzlich
 206 verankert, mit dem Erfolg, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen jetzt den höchsten
 207 Grad an Selbständigkeit in Deutschland haben. Massiv wurde in die vorschulische Bildung
 208 investiert. Die Einführung von Sprachtests für alle Vierjährigen und der einhergehende
 209 Ausbau der Sprachförderung werden sich positiv insbesondere für Kinder aus Zuwanderer-
 210 familien auswirken. 265.000 Ganztagschulplätze wurden geschaffen. Für die von den
 211 Vorgängerregierungen benachteiligten Hauptschülerinnen und Hauptschüler wurde eine
 212 wirksame und weithin anerkannte Qualitätsoffensive gestartet. Die Lehrerbildung
 213 wurde in einer Weise reformiert, die bundesweit Anerkennung findet.

214 Die Erfolge der Schulpolitik zwischen 2005 und 2010 lassen sich bereits jetzt feststellen.
 215 So erreichte Nordrhein-Westfalen bei der Überprüfung der deutschlandweiten Bildungs-
 216 standards der Kultusministerkonferenz in Deutsch und Englisch einen Platz im oberen
 217 Drittel aller Bundesländer. Während das Land bei PISA 2000 und PISA 2003 noch zu den
 218 Schlusslichtern in Deutschland gehörte, sind diese Ergebnisse – die auf statistischen Daten
 219 des Jahres 2009 beruhen – Ausdruck und sichtbarer Beleg für die erfolgreiche Bildungs-
 220 politik der vergangenen fünf Jahre.

221 Die Schulpolitik der CDU-geführten Landesregierung nach 2005 war geprägt von Pragma-
 222 tismus und Augenmaß. Mit den erfolgten Verbesserungen und maßvollen Strukturrefor-
 223 men sind die Weichen richtig gestellt worden

- 224 ▪ für eine Verbesserung der Schulqualität,
- 225 ▪ für eine Anhebung des Bildungsniveaus,
- 226 ▪ für eine Abkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft,
- 227 ▪ für eine Senkung der sogenannten „PISA-Risikogruppen“,
- 228 ▪ für eine Erhöhung der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwande-
 229 rungshintergrund,
- 230 ▪ für die auch unter demografischen Gesichtspunkten dringend erforderliche Ausschöp-
 231 fung aller Begabungsreserven.

232

III.

233 Die CDU Nordrhein-Westfalen hält folgende schulpolitische Schwerpunktsetzungen für
 234 richtig und zukunftsweisend:

235 ***Individuell fördern***

236 Die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern muss in allen Schulformen als
 237 Standard weiter durchgesetzt werden. Das schließt die intensive Förderung sowohl von
 238 leistungsstarken wie von leistungsschwachen Schülern ein. Für individuelle Förderung sind
 239 kleinere Klassengrößen in allen Schulformen anzustreben. Das Konzept der individuellen
 240 Förderung hat weitreichende Konsequenzen, die zu einer tiefgreifenden Umgestaltung des
 241 Unterrichtsgeschehens führen werden. Die Organisation individueller Lernprozesse muss
 242 Rücksicht nehmen auf die unterschiedlichen Lern-Interessen und Lern-Tempi der einzel-
 243 nen Schülerinnen und Schüler. Das kann je nach den Voraussetzungen von Lerngruppen
 244 eine völlig neue Gestaltung von Lernorten und Lernzeiten erforderlich machen. So kann es
 245 beispielsweise vorteilhaft sein, wenn Kinder oder Jugendlichen unterschiedlichen Alters
 246 denselben Lernraum nutzen und dort zur selben Zeit an unterschiedlichen Aufgaben arbei-
 247 ten. Oder es kann sein, dass sich die 45-Minuten-Taktung des Unterrichts als ungeeignet
 248 für individuelle Förderung erweist.

249 ***Früher gemeinsam lernen***

250 Die Befürworter längeren gemeinsamen Lernens unterstellen, dass Lern- und Sprachdefizi-
 251 te besser ausgeglichen werden können, wenn Kinder über die Grundschule hinaus auch in
 252 den Klassen fünf und sechs – also bis zur beginnenden „schwierigen“ Pubertätsphase –
 253 gemeinsam unterrichtet werden. Für diese Position gibt es kein gesichertes Wissen. Erfah-
 254 rungen in Berlin oder Brandenburg liefern keinen Beleg für die Richtigkeit der Position.
 255 Nicht bloß eine Meinung, sondern ein gesichertes Ergebnis der Bildungs- und Lernfor-
 256 schung dagegen ist, dass *frühes* Lernen nachweisbare Erfolge hat. Statt „länger gemeinsam
 257 lernen“ ist „früher gemeinsam lernen“ eine zweifellos *richtige* Devise, wenn es darum geht,
 258 Lern- und Sprachdefizite auszugleichen. Deshalb ist die CDU Nordrhein-Westfalen dafür,
 259 dass dem bisherigen ersten Grundschuljahr ein Lernjahr vorangestellt wird. Das bringt
 260 nachweislich gerade für Kinder aus bildungsferneren Schichten und für Kinder mit Zuwan-
 261 derungshintergrund große Vorteile.

262 ***Eigenverantwortung der Schulen mit Leben füllen***

263 Voraussetzung einer nachhaltigen Qualitätsentwicklung an unseren Schulen ist, dass
 264 Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler gemeinsam Verantwor-
 265 tung für „ihre“ Schule übernehmen. Verantwortung setzt Kompetenzen voraus. Die von
 266 der CDU-geführten Landesregierung ins Schulgesetz eingeführte Selbständigkeit der
 267 Schulen muss weiter mit Leben erfüllt werden. Sie kann, orientiert an allgemein definier-
 268 ten Qualitätsstandards, zu attraktiven Profilbildungen führen. Sie wird den Wettbewerb
 269 um die besten Wege zur Erreichung der Qualitätsstandards stärken und damit der Schul-
 270 entwicklung insgesamt dienen.

271 ***Ganztagsschule ausbauen***

272 Die erfolgreiche Offensive zum bedarfsgerechten Ausbau des Ganztags ist fortzusetzen.
 273 Das ist nicht nur aus gesellschaftlichen Gründen nötig. Das Konzept der individuellen För-
 274 derung verlangt nach einer neuen Gestaltung des Lerntags. Eine Ganztagsschule bietet
 275 dafür Zeit. Sie kann angemessen auf die unterschiedlichen Voraussetzungen, Interessen
 276 und Begabungen der Kinder und Jugendlichen eingehen. Dafür müssen unsere Schulen
 277 besser, schöner und attraktiver ausgestattet werden. Sie sind tagsüber der Lebensraum für
 278 Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler. Dieser Lebensraum ist bewusst als anregender Lern-
 279 raum zu gestalten.

280 ***Leistungsbereitschaft und Anstrengung anerkennen***

281 Zum sicheren Wissen der Lern- und Bildungsforschung gehört, dass die Rolle der Emotio-
 282 nen beim Lernen kaum zu überschätzen ist und dass das Erleben von Anerkennungen und
 283 ein gesundes Selbstvertrauen *unabdingbare Voraussetzungen* für erfolgreiches Lernen sind.
 284 Die emotionale Atmosphäre beim Lernen muss stimmen. Die Leistungen von Schülerinnen
 285 und Schülern werden besser, wenn *Leistungsbereitschaft* und *Anstrengung* belohnt werden.
 286 Angst und Frustrationserlebnisse behindern das Lernen und das kreative Lösen von Prob-
 287 lemen. Eine neue Kultur der Anerkennung muss in den Schulen Platz greifen, die schon
 288 *Anstrengungen* belohnt und nicht nur das *Ergebnis* von Anstrengungen. Schülerinnen und
 289 Schüler sollen erfahren, dass sie etwas *können*. Die Erfahrung „Ja, ich kann“ ist nach den
 290 gesicherten Erkenntnissen der Lern- und Bildungsforschung von entscheidender Bedeu-
 291 tung für die Lernbiographie eines Menschen. Die Schaffung einer Kultur der Anerkennung

292 im Rahmen der individuellen Förderung sollte dazu führen, dass das Sitzenbleiben der Ver-
 293 gangenheit angehört.

294 ***Erziehung, Persönlichkeitsbildung und Befähigung zur Ausbildung ernst nehmen***

295 Bildung ist keine starre und unveränderbare Eigenschaft. Bildung ist ein Prozess, durch
 296 den die Menschen zu sich selbst kommen. Durch Bildung sind Menschen fähig, sich selbst
 297 zu erkennen, ihr Leben selbst zu gestalten und ihre Mitmenschen zu respektieren. Bildung
 298 befähigt zur Teilnahme am gesellschaftlichen Zusammenleben. Die individuelle Bildung
 299 jedes einzelnen wird auf vielfältige Weise beeinflusst. Es ist die zentrale Aufgabe der Müt-
 300 ter und Väter, ihre Kinder zu erziehen. Ergänzend zu den Eltern haben die Schulen einen
 301 klaren Erziehungsauftrag, den sie behalten und ernst nehmen müssen. Die Schule hat bei
 302 der moralischen Entwicklung der Persönlichkeit mitzuwirken. Kinder und Jugendliche ler-
 303 nen Werte und Tugenden durch Handeln und nicht durch Predigten oder das Auswendig-
 304 lernen von Tugendkatalogen. Sie müssen zu diesem Lernen durch Handeln in den Schulen
 305 Gelegenheit haben. Dazu gehört, dass sie Grenzen gesetzt bekommen, Konflikten ausge-
 306 setzt sind und die Chance haben, normgerecht zu handeln oder die Konsequenzen norm-
 307 widrigen Verhaltens zu spüren. – In einer Zeit, in der die Verunsicherung von Eltern zu-
 308 nimmt und in der es kaum noch einen allgemeinen Konsens darüber gibt, wie man Kinder
 309 erzieht, kommt dem Erziehungsauftrag der Schule ein zunehmendes Gewicht zu. Er sollte
 310 klar und selbstbewusst bestimmt werden.

311 Es ist ebenso die Aufgabe von Schule, Kinder und Jugendliche für eine Ausbildung zu befä-
 312 higen. Schule ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Berufsle-
 313 ben. Entsprechend der vielfältigen Begabungen und der unterschiedlichen persönlichen
 314 Voraussetzungen jedes einzelnen Kindes und jedes einzelnen Jugendlichen ist die Vielfalt
 315 des Schulwesens notwendige Bedingung, um einen solchen Schritt erfolgreich bewältigen
 316 zu können.

317 ***Moderne Lehrerbildung umsetzen***

318 Eine herausragende Aufgabe der nächsten Jahre ist die Umsetzung der von der CDU-
 319 geführten Landesregierung auf den Weg gebrachten Reform der Lehrerausbildung, die von
 320 Professor Jürgen Baumert als bundesweit vorbildlich bezeichnet wurde (Der Tagesspiegel,
 321 23. Juni 2010). Sie muss zur Profilierung pädagogischer Kompetenzzentren an unseren

322 Hochschulen führen und dadurch einen Innovationsschub in die nordrhein-westfälische
323 Bildungsforschung und einen Wissenstransfer in den Schulunterricht bringen. Die neue
324 Lehrerbildung legt wesentlich mehr Wert auf Unterrichtspraxis und wird dazu führen,
325 dass fachliche und didaktische Kompetenzen nicht mehr, wie häufig in der Vergangenheit,
326 als Gegensätze betrachtet werden. Diese Kompetenzen müssen durch Weiterbildungsan-
327 gebote, Fortbildungspflichten und Coaching für alle Lehrerinnen und Lehrer in regelmä-
328 ßigen Abständen weiterentwickelt werden.

329 ***Regionale Vernetzung fördern***

330 Die von der CDU-geführten Landesregierung unterstützte regionale Vernetzung ist weiter
331 auszubauen. Dazu gehören Schulverbünde und unterstützende außerschulische Netzwer-
332 ke, die eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Behörden, Wirtschaft, Kirchen, Sport- und
333 Freizeitvereinen, Polizei, Jugendhilfe und anderen Einrichtungen gewährleisten. Für Schule
334 gibt es eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung, die in einer regionalen Vernet-
335 zung auch einen institutionellen Ausdruck finden soll.

336 ***Entscheidungen vor Ort treffen – Schulträger stärken***

337 Wichtig bei einer Weiterentwicklung des vielfältigen Schulwesens ist die Berücksichtigung
338 der konkreten Bedürfnisse vor Ort. Lösungen, die beispielsweise auf die Probleme der de-
339 mografischen Entwicklung möglicherweise auch kurzfristig reagieren, müssen im Konsens
340 mit den Schulträgern, den Eltern, aber auch den Anforderungen der regionalen Gegeben-
341 heiten gefunden werden. Landespolitik darf hier nicht hinderlich sein, sondern muss Wei-
342 chenstellungen vornehmen, die zum Wohle unserer Kinder förderlich sind.

343 ***Durchlässigkeit fördern, Übergänge besser organisieren***

344 Die Durchlässigkeit an unseren Schulen muss verbessert werden. Jede Schülerin und jeder
345 Schüler muss unabhängig davon, wo sie oder er startete, zu jedem möglichen Abschluss
346 kommen können. Die CDU-geführte Landesregierung hatte deshalb in allen Schulformen
347 Ergänzungsstunden zur Förderung eingeführt. Zur weiteren Entwicklung der Durchlässig-
348 keit an unseren Schulen sollen die Übergänge besser organisiert werden. Aufnehmende
349 und abgebende Kindergärten und Schulen müssen stärker als bisher durch ein besseres

350 Übergangsmanagement eng miteinander kooperieren, um die bestmögliche Lösung für die
351 Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

352 ***Inklusion fördern***

353 Die CDU unterstützt die Inklusion ausdrücklich. Als Konsequenz aus der UN-Konvention
354 für Menschen mit Behinderungen ist eine grundlegende Weiterentwicklung der sonderpä-
355 dagogischen Förderung erforderlich. Mit der Entwicklung von Kompetenzzentren für son-
356 derpädagogische Förderung hat die CDU in ihrer Regierungszeit 2005-2010 entscheidende
357 Voraussetzungen dafür geschaffen. Die Umsetzung der UN-Konvention ist eine zentrale
358 Herausforderung. Es gilt, neben materiellen Bedingungen auch Haltungen und Einstellun-
359 gen zu verändern. Das Wohl der jungen Menschen mit Behinderungen ist der Maßstab
360 unseres Handelns. Daher muss individuell entschieden werden, wo das Wohl eines behin-
361 derten Kindes am besten gefördert wird, in der allgemeinbildenden Schule oder in der För-
362 derschule. Die CDU bejaht ein grundsätzliches Wahlrecht der Eltern auf den sonderpäda-
363 gogischen Förderort.

364 ***Bildungsbeteiligung von Zuwanderern verbessern***

365 Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte ist eine der
366 zentralen Aufgaben unserer Gesellschaft und der Politik. Die CDU in Nordrhein-Westfalen
367 begreift diese Problematik als Querschnittsaufgabe. Es gilt die Lebens-, Bildungs- und
368 Ausbildungsperspektiven insbesondere der Kinder und Jugendlichen mit Zuwanderungs-
369 geschichte zu verbessern. Die Schulen bilden hierbei einen zentralen Faktor. Entscheidend
370 und in ihrer Bedeutung wissenschaftlich gesichert ist aber ebenso die vorschulische Ele-
371 mentarbildung. Die CDU geführte Landesregierung hat seit 2005 auf diesem Weg schon
372 wesentliche Schritte getan. So ist Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der Sprachförde-
373 rung bundesweit Vorreiter. Die Sprachentwicklung der Kinder wird bereits zwei Jahre vor
374 der Einschulung überprüft. Damit ist gewährleistet, dass Defizite in der Sprachfähigkeit
375 frühzeitig erkannt und gezielt abgebaut werden können. Jedes Kind soll fähig sein, von
376 Anfang an dem Schulunterricht folgen zu können.

377 ***Berufsschulen und Berufskollegs zu regionalen Kompetenzzentren ausbauen***

378 Das Berufskolleg ist eine wesentliche Säule moderner Bildungspolitik, weil es eine breite
379 Palette von beruflichen und allgemeinbildenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten
380 anbietet und dadurch die Durchlässigkeit im vielfältigen Schulsystem wahrt und mit abbil-
381 det. In den aktuellen Bildungsdiskussionen bleibt diese hervorragende Bildungseinrich-
382 tung häufig unerwähnt. Berufskollegs müssen in der vielfältigen nordrhein-westfälischen
383 Bildungslandschaft gestärkt und in ihrer herausragenden Bedeutung sichtbarer werden.
384 Die Berufskollegs mit ihren unterschiedlichen Schulformen müssen daher zu regionalen
385 Kompetenzzentren ausgebaut werden. Diese Zentren sollen als Koordinierungsstellen und
386 Ansprechpartner für Eltern, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Lehrerinnen und
387 Lehrer sowie für die beteiligten Betriebe und Unternehmen einschließlich der Berufsge-
388 nossenschaften, Kammern und Ständevertreter dienen.

389 **IV.**

390 Die CDU Nordrhein-Westfalen erwartet von der CDU-Landtagsfraktion bis zum nächsten
391 ordentlichen Landesparteitag 2011 die Ausarbeitung eines schulpolitischen Konzepts auf
392 der Basis der in den vorigen Abschnitten umrissenen Leitlinien.

DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR UND DER WEHRPFLICHT

FAKTEN, ARGUMENTE UND HINTERGRÜNDE

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Zukunft der Bundeswehr und des Wehrdienstes sind Themen, die innerhalb unserer Partei sowie weit darüber hinaus intensiv diskutiert werden. Die Union, die sich der Sicherheit und Verteidigung unseres Landes in einer großen Tradition verpflichtet sieht und die die Fundamente der erfolgreichen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gelegt hat, muss und wird sich dieser sicherheitspolitischen Frage mit großer Sorgfalt annehmen.

Wir stehen zum Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten und zollen ihrer Leistung hohen Respekt. Die Entscheidung über die künftige Ausgestaltung der Wehrform ist von solcher Tragweite, dass eine intensive Diskussion in der ganzen Union wichtig ist, um letztlich gemeinsam eine Lösung beschließen zu können.

Die Bundeswehr ist eine Armee im Wandel. Als Streitkräfte in der Demokratie schützte sie vor 20 Jahren unser Land gegen unmittelbare militärische Bedrohungen. Heute ist sie vor allem in internationalen Friedenseinsätzen engagiert. Der Auftrag der Bundeswehr hat sich verändert. Was daraus für die Bundeswehr und ihre Struktur folgt, muss offen und ehrlich analysiert werden.

Die Wehrpflicht hat sich bewährt. Sie hat das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ als Markenzeichen der Bundeswehr über viele Generationen von Vätern, Söhnen und Brüdern hinweg getragen. Aber auch Bewährtes muss überprüft werden, wenn sich die sicherheitspolitische Notwendigkeit deutlich verändert. Dabei darf es kein Denkverbot geben. Leitlinie muss dabei die Bedrohungs- und Sicherheitslage unseres Landes sein. Das ist der Maßstab für unsere Entscheidung.

Um die Diskussion über die Zukunft des Wehrdienstes zu erleichtern, hat Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle Informationen zum Wehrdienst sowie zu den damit zusammenhängenden sicherheitspolitischen Aspekten zusammengestellt.

Ich würde mich freuen, wenn Sie das Thema vertieft behandeln und diskutieren würden. Dafür finden sie Vorschläge für mögliche Referenten, sowohl aus den Reihen der Union als auch von Institutionen und Verbänden, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem Thema Wehr- und Ersatzdienst befasst sind.

Ich freue mich darauf, dieses wichtige Thema auf unserem Parteitag im November mit Ihnen erörtern zu können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hermann Gröhe', with a stylized, flowing script.

Hermann Gröhe MdB

Die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht

Seit der Gründung der Bundeswehr ist die Wehrpflicht eng mit unseren Streitkräften verbunden. Sie hat sich bewährt. Für die Landes- und Bündnisverteidigung sicherte sie Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr.

Doch die sicherheitspolitische Lage Deutschlands hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges dramatisch verändert. Vor zwanzig Jahren war die Bundesrepublik Deutschland Frontstaat an der Grenze zum Warschauer Pakt. Heute ist unser Land ausschließlich von Freunden umgeben. Auch Russland ist inzwischen ein Partner Deutschlands und der NATO. Damit änderten sich auch die sicherheitspolitischen Anforderungen. Die Landesverteidigung hat an Bedeutung verloren. Aus der Bundeswehr wurde eine Armee im Einsatz.

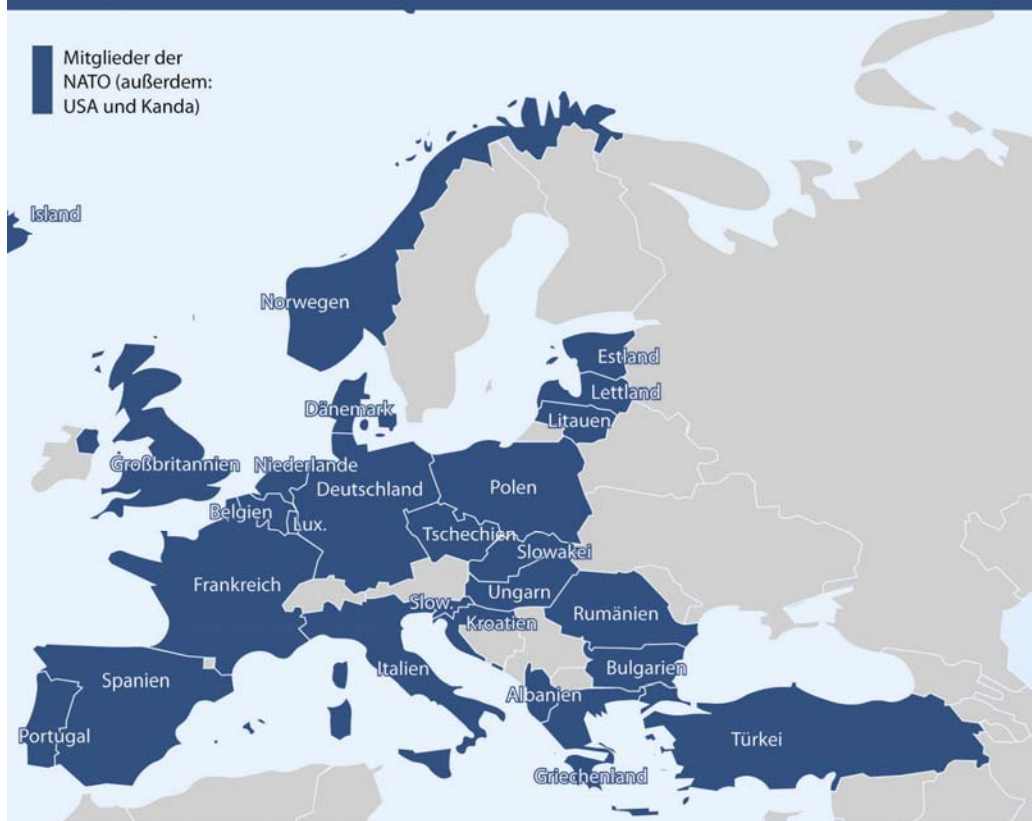
Angesichts dieser Entwicklungen ist es richtig zu prüfen, wie die Bundeswehr der Zukunft aussehen soll. Dabei gibt es zahlreiche gute Argumente für das Festhalten am derzeitigen Wehrpflichtmodell als auch für eine tiefgreifende, auch die Wehrpflicht umfassende Reform der Bundeswehr:

- **Einerseits** trägt die Wehrpflicht zur Landes- und Bündnisverteidigung bei und ist damit ein Element unserer Sicherheitsvorsorge für alle Unwägbarkeiten.
Andererseits droht heute und auf absehbare Zeit kein groß angelegter Angriff auf Deutschland, der eine schnelle Vergrößerung der Bundeswehr durch die aus den Reihen der Wehrpflichtigen stammenden Reservisten notwendig machen würde. Unabhängig davon bringt auch eine Freiwilligenarmee Reservisten hervor, die zudem besser ausgebildet sind als ehemalige Wehrdienstleistende.

NATO und Warschauer Pakt vor 1990



NATO 2010



- **Einerseits** hat die Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte von der Solidarität der Bündnispartner profitiert. Deshalb dürfen wir nicht nur an die eigene Landesverteidigung denken, sondern müssen auch die Bündnisverteidigung im Blick haben.

Andererseits aber hat die Mehrzahl unserer Bündnispartner – darunter auch die meisten der nach 1990 neu in die NATO aufgenommenen Staaten – bereits die Wehrpflicht aufgegeben und sich für eine Berufsarmee entschieden. 18 Staaten haben seit 1990 die Wehrpflicht ausgesetzt oder ganz abgeschafft.



Staaten mit Wehrpflicht

in der NATO	in der EU	im übrigen Europa
Albanien Deutschland Estland Griechenland Norwegen Türkei	Deutschland Estland Finnland Griechenland Österreich Zypern	Moldawien Russland Schweiz Serbien Ukraine Weißrussland

- **Einerseits** könnte eine drastische Reduzierung der deutschen Streitkräfte zu einem Einflussverlust Deutschlands in der NATO führen.

Andererseits fordern aber die Partner in der NATO, Deutschland möge es Ihnen gleichtun und seine Streitkräfte `professionalisieren` bzw. `kleiner und feiner` machen, um einen größeren Truppenanteil für das derzeit wahrscheinlichste Einsatzszenario, die Auslandseinsätze, zur Verfügung stellen zu können. Eine schlankere und in ihrer Schlagkraft gestärkte Bundeswehr würde daher den Einfluss Deutschlands im Bündnis stärken.

- **Einerseits** würde eine tief greifende Reform für die Bundeswehr, die zeitgleich Einsätze zu bewältigen hätte, eine enorme Belastung darstellen.

Andererseits könnte eine solche Reform für eine längere Zeitdauer Planungssicherheit bieten als lediglich für wenige Jahre – nicht nur für die Gestaltung der Streitkräfte als Ganzes, sondern damit auch für die einzelnen Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilbediensteten der Bundeswehr. Diese haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen Prozess konstanter `Reformen` bzw. der Transformation durchlaufen, der in vielen Fällen mit großen persönlichen Belastungen verbunden war.

- **Einerseits** sind die Wehrpflichtigen von jeher ein Reservoir für die Gewinnung neuer Zeit- und Berufssoldaten vom Gefreiten bis zum General.

Andererseits benötigt man für die Ausbildung und Verwaltung von etwa 30 000 Wehrpflichtigen eine Struktur, die ihrerseits rund 10 000 Zeit- und Berufssoldaten bindet.

- **Einerseits** drohen bei einem Verzicht auf Wehrpflichtige zukünftig die Kosten für die Personalgewinnung zu steigen, da die länger Dienenden, die sich erst in ihrer Wehrdienstzeit für einen Berufsweg in der Bundeswehr entscheiden, nicht mehr ohne weiteres angesprochen werden könnten.

Andererseits stünden junge Männer – ohne die Unterbrechung durch den Wehrdienst – sofort dem Arbeitsmarkt zur Verfügung bzw. könnten ihre Ausbildung fortsetzen. Aufgrund eines längeren Erwerbslebens kommt es zu volkswirtschaftlich positiven Effekten, die höhere Kosten für die Nachwuchsgewinnung bei weitem aufwiegen könnten, denn durch einen früheren Eintritt in das Berufsleben sind die jungen Männer

länger Steuerzahler und tragen damit zur Finanzierung unserer Gesellschaft bei. Dienstleistende starten später in das Berufsleben als ihre nicht-dienenden Altersgenossen. Der Staat verliert bei dieser verkürzten Lebensarbeitszeit die Steuern für das letzte und damit in der Regel höchste Gehalt der Dienstleistenden. Angesichts der demografischen Entwicklung drängt auch die Wirtschaft darauf, die jungen Männer nicht durch Zwangsdienste zu binden. Zudem kann es attraktiv sein, für einen vernünftigen Sold und bei weiteren Anreizen seinem Land in der Bundeswehr zu dienen.

- **Einerseits** bedeutet eine Aussetzung der Wehrpflicht de facto eine Abschaffung, denn eine Wiedereinführung der Wehrpflicht im Falle eines Spannungsfalls hätte potenziell eine eskalatorische Wirkung. Schon während des Kalten Krieges gab es die Befürchtung, im Falle einer Verschärfung der Spannungen würde eine Entscheidung zur Mobilisierung der Reservisten nicht getroffen, weil sie von der Gegenseite als aggressiver Akt verstanden und die Lage damit weiter verschärft werden könnte. **Andererseits** bliebe bei einer Aussetzung der Wehrpflicht der entsprechende Artikel des Grundgesetzes (12a) weiter in Kraft. Er würde lediglich nicht angewandt. Zudem könnte die Erfassungsstruktur auch dann aufrechterhalten werden, wenn die jungen Männer nicht zum Pflichtdienst herangezogen würden. Die erneute Anwendung der Wehrpflicht wäre ohnehin lediglich dann denkbar, wenn bereits eine außerordentlich schwere Krise entstanden wäre.
- **Einerseits** würden bei einer Aussetzung des Wehrdienstes auch für die Ersatzdienste keine jungen Männer mehr zur Verfügung stehen. Im sozialen Bereich, in dem Zivildienstleistende zum Einsatz kommen, könnten viele Leistungen nicht mehr oder nur bei höheren Kosten erbracht werden. **Andererseits** gibt es bereits heute mit dem Freiwilligen Sozialen und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr, die in Verantwortung der Bundesländer durchgeführt werden, Möglichkeiten für junge Männer und Frauen, einen Dienst für die Gemeinschaft und am Menschen zu leisten. Vor allem aber gibt es bereits ein tragfähiges Modell für einen „Freiwilligen Zivildienst“. Freiwillige Dienste könnten sowohl in der Bundeswehr – auch für Frauen – als auch im sozialen Bereich massiv gestärkt, neu entwickelt und attraktiv gestaltet werden. Mittel, die bislang für den Zivildienst aufgewendet werden, könnten entsprechend umgewidmet werden.

- **Einerseits** hat sich die Bundeswehr bei Naturkatastrophen im Inland bewährt. Nicht zuletzt die Wehrpflichtigen waren bei der Bewältigung solcher Katastrophen eine zuverlässige Stütze. Ohne Wehrpflichtige würde die Bundeswehr kleiner und in der Fläche weniger präsent. Beides könnte sich im Falle einer Naturkatastrophe negativ auswirken.

Andererseits kann die Bundeswehr nach der Ordnung unseres Grundgesetzes auch ohne Wehrpflichtige unterstützend zur Katastrophenhilfe herangezogen werden. Sie sind dafür mit ihrer Einsatzerfahrung und Fähigkeiten von ABC-Abwehr bis zu Logistik und Transport bestens geeignet. Dennoch müssen die Streitkräfte als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik vor allem auf die Einsätze im Ausland hin ausgerichtet werden, da von dort die primäre Gefährdung unserer Sicherheit droht. Die Bewältigung von Naturkatastrophen ist vorrangig Aufgabe anderer Organisationen. Die Bundeswehr ist hier nur hilfsweise tätig.

- **Einerseits** dient die Wehrpflicht auch der Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft. Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland wäre ohne die Einführung der Wehrpflicht nicht denkbar gewesen.

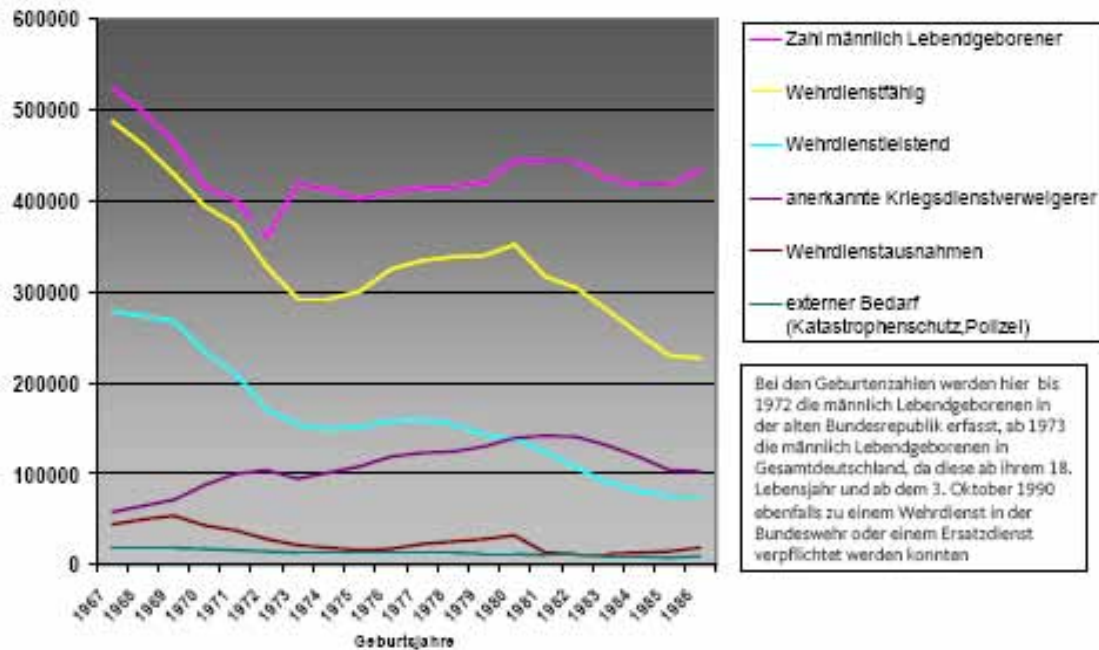
Andererseits hat sich die Bundeswehr in über sechs Jahrzehnten als Armee in der Demokratie bewährt. Das Primat der Politik ist unangefochten. Die Zeit- und Berufssoldaten fühlen sich als Staatsbürger in Uniform. Sie selbst, ihre Familien, Freunde und Nachbarn garantieren die Verankerung in der Gesellschaft. Es droht kein Staat im Staate. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht die Weimarer Republik.

- **Einerseits** sind der Wehrdienst und die daraus abgeleiteten Ersatzdienste Dienste für die Gemeinschaft. Es sind die einzigen Dienste, zu denen junge Menschen in unserer Gesellschaft verpflichtet sind. Sie führen junge Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zusammen.

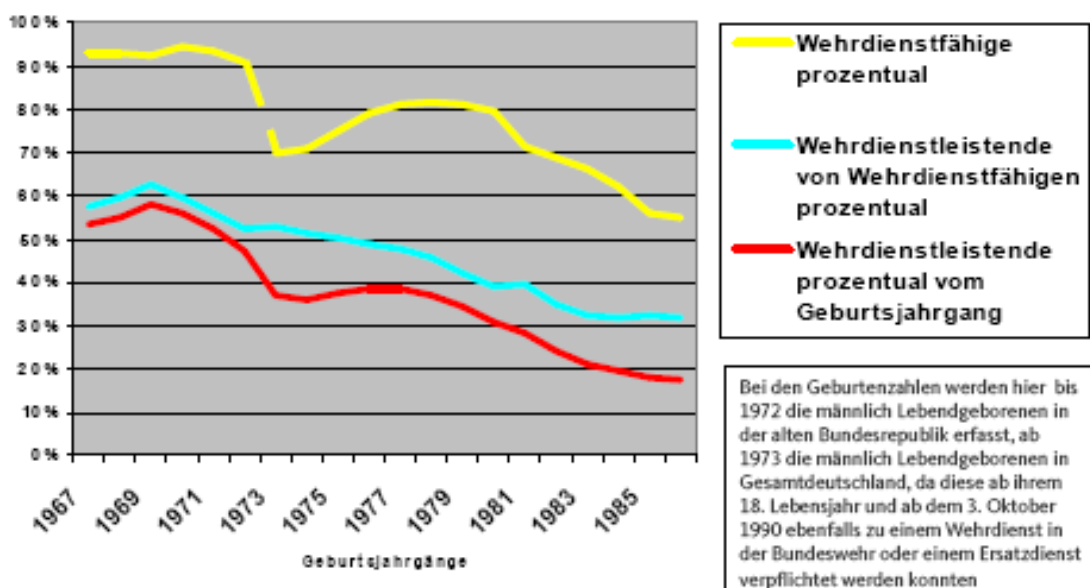
Andererseits sind zu diesen Diensten lediglich junge Männer verpflichtet. Zudem werden aktuell lediglich knapp über die Hälfte der jungen Männer überhaupt nach ihrer Musterung als (wehr-)dienstfähig eingestuft, d. h. fast die Hälfte wird ausgemustert und muss gar keinen Dienst leisten. Lediglich ca. 16 Prozent der jungen Männer leisten derzeit den Wehrdienst. Der Zivildienst ist nicht mehr die Ausnahme. Vielmehr leisten hier mehr junge Männer ihren Dienst als bei der Bundeswehr.

Weniger als die Hälfte der jungen Männer insgesamt leistet momentan überhaupt einen Dienst. Dienstgerechtigkeit – also das Ziel, dass eine größtmögliche Zahl der jungen Männer jedes Jahrgangs einen Dienst leistet – ist nicht mehr gegeben.

Dienstleistung nach Geburtsjahr (ab 1967)

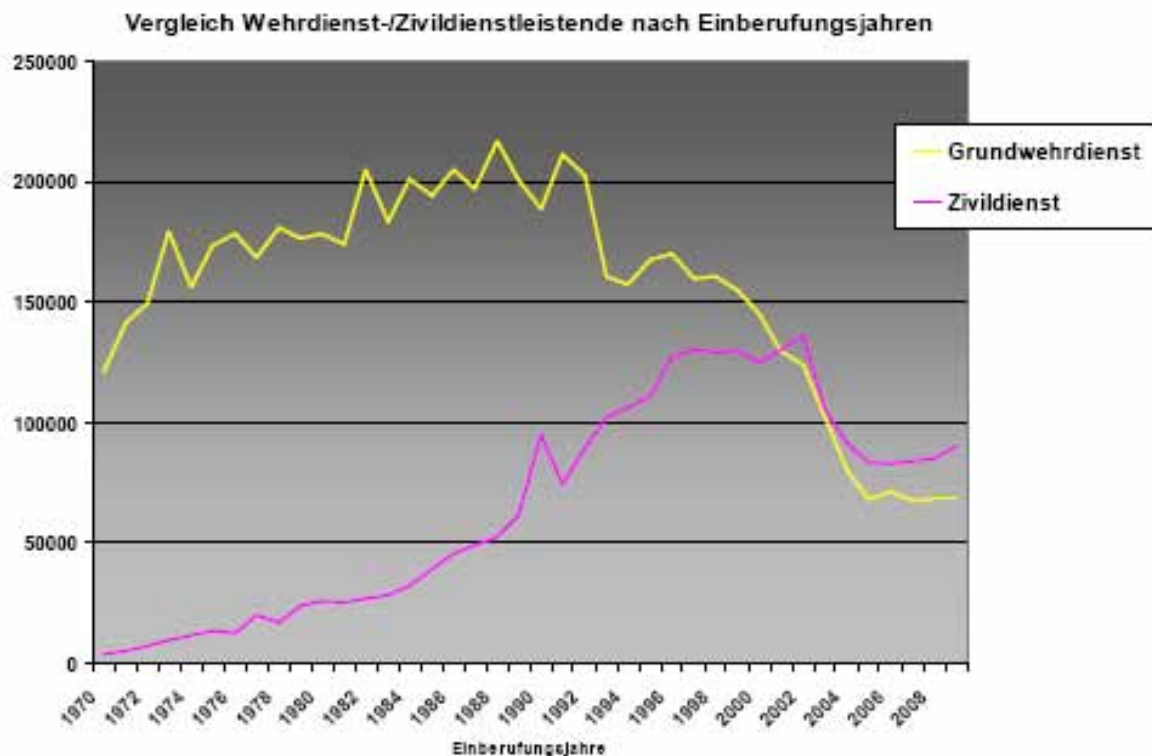


Wehrdienstfähige und Wehrdienstleistende in den Geburtsjahrgängen 1967-1986

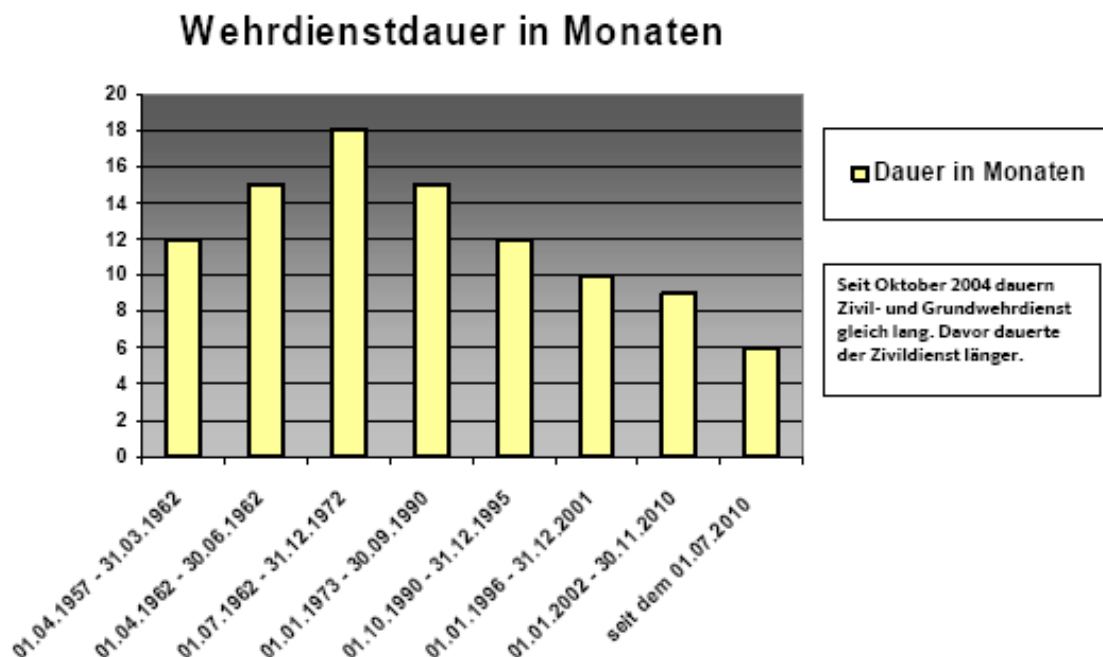


- **Einerseits** ist und bleibt die Bundeswehr das entscheidende Instrument der deutschen Sicherheitspolitik. Eine ausreichende Ausstattung – auch in personeller Hinsicht – ist unverzichtbar. Die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, ist eine Kernaufgabe des Staates. Dafür können und dürfen die Bürger dieses Landes auch in die Pflicht genommen werden.

Andererseits haben sich Auftrag und damit auch die Struktur der Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Krieges grundlegend gewandelt. 1989 dienten ca. 495 000 Soldaten bei der Bundeswehr, darunter ca. 200 000 Wehrpflichtige. Zudem hatte die Nationale Volksarmee der DDR eine Personalstärke von ca. 155 000 Soldaten. Heute umfasst die Bundeswehr ca. 248 700 Soldatinnen und Soldaten. Davon sind ca. 26 400 Freiwillig länger Wehrdienstleistende und ca. 32 600 Grundwehrdienstleistende. Dies zeigt, dass angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage die Wehrdienstleistenden an Bedeutung verloren haben. Die Sicherheit Deutschlands hängt heute nicht mehr vom Wehrdienst ab. Die Wehrpflicht ist aber ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit, dass sie nur sicherheitspolitisch begründet werden kann.



Auch die Wehrdienstdauer spiegelt die veränderte Sicherheitslage wider.



- **Einerseits** könnte durch die Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht, eines Sozialen und sicherheitspolitischen Pflichtjahres oder einer Heimatschutspflicht für alle jungen Männer und gegebenenfalls auch Frauen dem Problem der Wehr- und Dienstgerechtigkeit begegnet werden. Zugleich würde damit die sicherheitspolitische Vorsorge nicht nur gestärkt, sondern auch der soziale Dienst für die Gemeinschaft ausgeweitet.

Andererseits stellt sich die Frage, wie ca. 400 000 junge Männer beziehungsweise 800 000 junge Männer und Frauen pro Jahr sinnvoll in einen Pflichtdienst integriert werden sollen. Es ist zweifelhaft, ob es gesamtwirtschaftlich sinnvoll und miteinander vereinbar ist, einerseits für die notwendige Verkürzung der Ausbildungszeiten einzutreten, andererseits aber ganze Jahrgänge einer solchen Pflicht unterwerfen zu wollen. Offen ist zudem, wie die entstehenden Kosten getragen werden sollten. Jeder (und jede) Dienstleistende hat einen Anspruch auf Sold bzw. Bezahlung. Auch z. B. Ausbildung, Unterkunft und Verköstigung verursachen Kosten.

Angesichts der gesellschaftlichen Realität, z. B. durchschnittlich schlechtere Aufstiegschancen für Frauen in der Wirtschaft, schlechtere Bezahlung in vergleichbaren Positionen oder Verdienstausschlägen aufgrund der Mutterschaft,

wäre es unangemessen, müssten auch Frauen eine solche Pflicht leisten.

Zudem wäre ein solcher Dienst nach geltender Rechtsauffassung rechtswidrig, wobei eine Heimatschutzpflicht eventuell nicht gegen das Grundgesetz, vermutlich aber gegen internationale, für die Bundesrepublik verbindliche Menschenrechtsverträge verstößt. Alle Dienstformen würden Art. 8 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte und Art. 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzen. In Art. 8 Abs. 3a des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte heißt es:

"Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten".

Als Ausnahmen werden ausdrücklich der Wehrdienst bzw. der Wehersatzdienst (Zivildienst) genannt (Art. 8 Abs. 3c II). Die Europäische Menschenrechtskonvention äußert sich sinngleich.

Auch ist die Einführung eines solchen Dienstes – eventuell mit Ausnahme der Heimatschutzpflicht – politisch nicht umsetzbar, da eine Grundgesetzänderung die notwendige Voraussetzung wäre. Das Grundgesetz steht der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht entgegen. Art. 12 (Berufsfreiheit), Abs. 2 GG lautet:

„Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen, allgemeinen und für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“

Eine Dienstpflicht für alle entspräche nicht dem Kriterium der Herkömmlichkeit.

Zudem müsste eine Dienstpflicht „für alle gleich“ sein, also auch Frauen umfassen, was aus den genannten politischen Gründen falsch wäre. Eine allgemeine Dienstpflicht nur für Männer ist wiederum mit dem Gleichheitsgrundsatz von Art. 3, Abs. 2 und 3 GG nicht vereinbar.

Bei allen Überlegungen über die Zukunft der Wehrpflicht und Bundeswehr muss die Aussage, die der ehemalige Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog auf der 35. Kommandeurstagung in München am 15. November 1995 gemacht hat, aufmerksam im Blick behalten werden:

„Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung

und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können. Gesellschaftspolitische, historische, finanzielle und streitkräfteinterne Argumente können dann ruhig noch als Zusätze verwendet werden. Aber sie werden im Gespräch mit dem Bürger nie die alleinige Basis für Konsens sein können.

Wehrpflicht glaubwürdig zu erhalten, heißt also zu erklären, weshalb wir sie trotz des Wegfalls der unmittelbaren äußeren Bedrohung immer noch benötigen.“

Noch ein weiterer Aspekt ist zu beachten: Der Zivildienst ist ein Ersatzdienst für den Wehrdienst. Der Zivildienst selbst ist deshalb kein Argument für die Aufrechterhaltung des Wehrdienstes. Über die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht muss unabhängig vom Zivildienst und auch unabhängig von gesellschafts- oder strukturpolitischen Argumenten entschieden werden. Maßgeblich muss die sicherheitspolitische Analyse sein.

Mögliche Referenten aus der CDU

- Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-73174
Fax: 030/227-76955
E-Mail: andreas.schockenhoff@bundestag.de
- Ernst-Reinhard Beck MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-73742
Fax: 030/227-76362
E-Mail: ernst-reinhard.beck@bundestag.de
- Henning Otte MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-72320
Fax: 030/227-76320
E-Mail: henning.otte@bundestag.de
- Kontakt zu weiteren (stellvertretenden) Mitgliedern der Arbeitsgruppe Verteidigung
über das Sekretariat der AG: 030/227-57241 oder
http://www.cducsu.de/Titel_verteidigung/TabID_13/SubTabID_15/AGID_5/arbeitsgruppen.aspx

- Philipp Mißfelder MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-73821
Fax: 030/227-76821
E-Mail: philipp.missfelder@bundestag.de
- Roderich Kiesewetter MdB
Stellvertreter des Präsidenten des Reservistenverbandes
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-77594
Fax: 030/227-76594
E-Mail: roderich.kiesewetter@bundestag.de

Referenten aus Institutionen, Verbänden etc.

- Standortkommandanten bzw. Standortälteste
Falls Ihnen der nächst gelegene Standort nicht bekannt sein sollte, können Sie über folgenden Informationen einholen:
http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443sQwBSYGYxgFAJkwsKCVV39cjPzcVKBtpDhQ0NzMz04_KSU1PTK7UD9b31g_QL8iNKPd2dFQEAGQP2CI!/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZNQUFzQUcvNEIVRS82X0NfNDIU
Dort bei der Auswahlfunktion „Bundesland“ ihr Land eingeben und sich dann an das zuständige „Landeskommando“ wenden.
Eine Übersicht über die Landeskommandos finden Sie auch im folgenden Dokument ab S. 13:
<http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W286XDTV082INFODE/100701%20Verzeichnis%20Ldi%20Internet.pdf>

- Deutscher BundeswehrVerband
 Guido Daleman
 Abteilung Verbandspolitik und Recht
 Bundesgeschäftsstelle Bonn
 53175 Bonn
 Tel.: 0228/3823-186
 Fax: 0228/3823-230
 E-Mail: guido.daleman@dbwv.de

- Bundesamt für den Zivildienst
 50964 Köln
 Tel.: 0221/3673-0
 Fax: 0221/3673-4661
 E-Mail: service@baz.bund.de
www.zivildienst.de

- Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerer (KdV)
<http://www.zentralstelle-kdv.de/index.php>

- Kreiswehrrersatzämter
<http://www.terrww.bundeswehr.de/portal/a/terrww/aufgaben/wehrrersatz/wasistei/ubersicht>

- Vertreter örtlicher bzw. regionaler Zivildienststellen, z. B. Deutsches Rotes Kreuz

- Dr. Patrick Keller
 Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung
 Abteilung Politik und Beratung
 Klingelhöferstr. 23
 10785 Berlin
 Tel.: 030/26996-3510
 Fax: 030/26996-3551
 E-Mail: patrick.keller@kas.de

- Prof. Dr. Carlo Masala
Universität der Bundeswehr München
Institut für Politikwissenschaft
Werner-Heisenberg-Weg 39
85577 Neubiberg
Tel.: 089/6004-2044
Fax: 089/6004-4460
E-Mail: carlo.masala@unibw.de
- Brigadegeneral a. D. Dr. Klaus Wittmann
Kontakt über:
Markus Lackamp
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel.: 030/22070 341
Fax: 030/22070 345
E-Mail: markus.lackamp@cdu.de

Artikel, Interviews, Kommentare

Ankenbrand, Hendrik/Zimmermann, Klaus: „Latrinendienst fördert nicht die Berufskompetenz“, in: FAZ 08.08.2010. - Interview

<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EB8688A3698E947598516C8588A7009BF~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Bertram, Christoph: Schindluder mit der Wehrpflicht, in: Der Tagesspiegel 02.07.2010.

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/schindluder-mit-der-wehrpflicht/1873360.html>

Fels, Markus: Vier gewinnt, in: Rheinischer Merkur 26.08.2010.

http://www.merkur.de/2010_34_leiter-bundeswehr.44254.0.html?&no_cache=1

Joffe, Josef: Abtreten, bitte!, in: Die Zeit 34 (2010).

<http://www.zeit.de/2010/34/01-Wehrpflicht>

Jungholt, Thorsten: Freiwillige vor!, in: Die Welt 04.08.2010.

<http://www.welt.de/die-welt/debatte/article8807649/Freiwillige-vor.html>

Käppner, Joachim: Die Armee der Bürger, in: Süddeutsche Zeitung 26.07.2010.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/debatte-um-wehrpflicht-die-armee-der-buerger-1.979614>

Naumann, Klaus: „Ein Wehrdienst von sechs Monaten macht keinen Sinn“, in: Die Welt 02.08.2010. – Interview mit Meyer, Simone

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article8762074/Wehrdienst-von-sechs-Monaten-macht-keinen-Sinn.html>

Naumann, Klaus: Die Bundeswehr nicht noch mehr schwächen, in: FAZ 23.08.2010.

(nur kostenpflichtig über das FAZ-Archiv abrufbar)

Rühe, Volker/Weisser, Ulrich: Bündnisfähig bleiben! in: Der Spiegel 30/2010.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-72370212.html>

Rühle, Michael: Eine Freiwilligenarmee, in: FAZ 26.08.2010.

(nur kostenpflichtig über das FAZ-Archiv abrufbar)

Schockenhoff, Andreas/ Kiese Wetter, Roderich: Für einen freiwilligen Wehrdienst, in: FAZ 20.08.2010.

[http://www.roderich-kiesewetter.de/index.php?id=73&tx_ttnews\[tt_news\]=896&tx_ttnews\[backPid\]=71&cHash=cfb5676e6e](http://www.roderich-kiesewetter.de/index.php?id=73&tx_ttnews[tt_news]=896&tx_ttnews[backPid]=71&cHash=cfb5676e6e)

Schwarzkopf, Andreas: Was Europas Truppen brauchen, in: Frankfurter Rundschau 24.08.2010.

<http://www.fr-online.de/politik/meinung/was-europas-truppen-brauchen/-/1472602/4582922/-/index.html>

Werkner, Ines-Jacqueline: Noch die Schule der Nation?, in: FAZ 23.07.2010.

<http://www.faz.net/s/RubA24ECD630CAE40E483841DB7D16F4211/Doc~E80472A2C819B448BBAC2DDA7B8A4DD1D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Wittmann, Klaus: Innere und äußere Führung, in: Die Welt 21.08.10

<http://www.welt.de/die-welt/debatte/article9120600/Innere-und-aeussere-Fuehrung.html>



Berlin, 31.08.2010

Beschluss des Bundeskabinetts vom 7. Juni 2010 zu den Reformüberlegungen für die Bundeswehr

In der Kabinettsklausur am 7. Juni dieses Jahres hat mich die Bundesregierung gebeten,

„bis Anfang September 2010 aufzuzeigen, welche Folgen eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands, die Einsatz- und Bündnisfähigkeit, Fragen der Beschaffung, die Strukturen und den Gesamtumfang der Bundeswehr sowie die Wehrform und deren Ausgestaltung hätte.“

Zu diesem Prüfauftrag hat der Generalinspekteur der Bundeswehr auf meine Weisung hin einen Bericht erarbeitet und am 30. August 2010 vorgelegt. In diesen Bericht sind auch Erkenntnisse aus der Arbeit der von mir eingesetzten Kommission unter Leitung von Herrn Jürgen Weise eingeflossen, auch wenn deren Untersuchungen, die sich in erster Linie auf andere Schwerpunkte konzentrieren, noch nicht abschließend vorliegen.

Nach meiner persönlichen Bewertung liegt mit dem Bericht eine äußerst sorgfältige Analyse vor, die eine gute Grundlage für den weiteren Reformprozess der Bundeswehr bietet.

Auf dem Weg zur Neuausrichtung der Bundeswehr

I. Grundlagen für die Weiterentwicklung der Bundeswehr

Bei allen jetzt anstehenden Entscheidungen ist für mich der Grundsatz maßgebend, dass wir uns bei Festlegung der Umfänge, Strukturen und Ausrüstung der Bundeswehr in erster Linie von den bestehenden sicherheitspolitischen Herausforderungen, die im Bericht des Generalinspektors umfassender dargestellt sind, leiten lassen müssen.

Drei wesentliche Erkenntnisse bestimmen dabei den Gestaltungsrahmen:

Erstens: Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Mitteleuropas und damit Deutschlands mit konventionellen militärischen Mitteln besteht heute nicht mehr. Das wird angesichts des erweiterten europäischen Sicherheits- und Stabilitätsraums und der wachsenden Partnerschaft mit Russland auf absehbare Zukunft auch so bleiben.

Zweitens: Landesverteidigung ist heute und in Zukunft primär Bündnisverteidigung an und jenseits der äußeren Grenzen des Bündnisgebietes. Die Sicherheitsvorsorge für das Inland ist daneben weiterhin zu gewährleisten.

Drittens: Sicherheitspolitik wird in Zukunft noch stärker in der Prävention von Krisen und Konflikten und erforderlichenfalls zu deren Einhegung Beiträge leisten müssen.

Die Konsequenzen für die Bundeswehr sind vielfältig. Deutschland braucht, heute mehr denn je, professionelle, reaktionsschnelle, multinational und in einem breiten Fähigkeitsspektrum einsetzbare Streitkräfte. Unsere Streitkräfte müssen im Sinne der Zukunftsfähigkeit nachhaltig finanzierbar sein. Auch unsere wichtigsten Partner folgen auf Basis ihrer sicherheitspolitischen Analysen dem Trend zu kleineren, hochmobilen und hochtechnisierten Streitkräften. Es kommt nicht mehr allein auf den bloßen Gesamtumfang der Streitkräfte, sondern vor allem auf die real einsetzbaren Kräfte an.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes konnte Deutschland, wie kaum ein anderer Staat in den letzten 20 Jahren von der zunehmenden Stabilität des euroatlantischen Raumes profitieren. Und dennoch sehen wir uns weiterhin, teils sogar verstärkt, mittelbaren und unmittelbaren Risiken und Bedrohungen ausgesetzt. Die im Weißbuch 2006 der Bundesregierung beschriebenen Grundlagen deutscher Sicherheitspolitik gelten im Grundsatz fort, sind aber einer dynamischen Fortentwicklung unterworfen. Aus den Risiken und Bedrohungen können jederzeit kurzfristig Krisen und Konflikte entstehen und ein schnelles Handeln auch über große Distanzen erforderlich machen. Landesgrenzen und geographische Entfernungen verlieren dabei an Bedeutung und schützen nur noch

bedingt. Darauf muss die Bundeswehr kurzfristig Antworten finden. Auch die multinationalen Sicherheitsorganisationen, allen voran die NATO und die EU passen sich diesen Veränderungen an. Deutschland muss dabei ein aktiv mitgestaltender Partner sein und bleiben. Nur so wird Deutschland seiner Rolle in der Welt und seiner internationalen Verantwortung für Recht und Freiheit gerecht.

II. Der Auftrag der Bundeswehr

Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, wie sie bereits im Weißbuch 2006 beschrieben wurden, haben im Kern weiter Bestand, müssen aber fortlaufend aktuellen sicherheitspolitischen Analysen angepasst werden.

Die Nationale Zielvorgabe für Einsätze der Bundeswehr bestimmt den Rahmen dessen, was die Bundeswehr leisten soll. Sie orientiert sich am sicherheitspolitisch Erforderlichen und muss im Rahmen verfügbarer Ressourcen erreicht werden.

Die bisherige Nationale Zielvorgabe in der gültigen Konzeption der Bundeswehr beruhte auf Annahmen, die so nicht mehr aufrecht erhalten werden können und widersprach in Teilen den tatsächlich eingetretenen Entwicklungen. Sie sah u.a. bei friedensstabilisierenden Einsätzen einen zeitlich abgestuften Einsatz von gleichzeitig bis zu 14.000 Soldatinnen und Soldaten, aufgeteilt auf fünf Einsatzgebiete vor. Mit aktuell etwa 7.000 Soldatinnen und Soldaten in den Einsätzen ist die Bundeswehr bereits erheblich belastet und erreicht in Teilbereichen ihre Leistungsgrenze. Künftig soll für Stabilisierungsoperationen durchhaltefähig ein Kräftedispositiv von mindestens 10.000 Soldatinnen und Soldaten verfügbar gemacht werden. Diese angepasste Nationale Zielvorgabe erfüllt die von Deutschland gegenüber der NATO, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen eingegangenen militärpolitischen Verpflichtungen zur Truppenstellung. Kräfte für grundsätzlich in nationaler Verantwortung durchzuführende Evakuierungsoperationen werden weiter vorgehalten.

Der mögliche Beitrag Deutschlands zu Einsätzen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus erfordert Fähigkeiten, die durchhaltefähig mit Anteilen der Landstreitkräfte bis Brigadestärke und Anteilen der Luftstreitkräfte bereitzustellen sind. Hinzu kommen durchhaltefähige Stabilisierungseinsätze von Luft- und Seestreitkräften sowie NATO-Dauereinsatzaufgaben, nationales Air Policing und SAR-Dienst.

III. Die Notwendigkeit einer Bundeswehrreform und die Folgerungen für die Wehrform

Eine von mir bereits Anfang dieses Jahres angewiesene Defizitanalyse hat gezeigt, dass die bisherigen Strukturen, Verfahren und Prozesse der Bundeswehr trotz erfolgter Transformationsschritte in einer ganzen Reihe von Bereichen nicht mehr den heutigen Erfordernissen entsprechen. Hinzu kommt aktuell, dass die Bundeswehr in der gegenwärtigen Finanzlage aufgerufen ist, strenge Maßstäbe an die Kosteneffizienz ihrer Strukturen anzulegen. Knappe Ressourcen fortdauernd in sicherheitspolitisch nicht mehr zu begründende Strukturen zu stecken, wäre Verschwendung und ist auch gegenüber dem Steuerzahler und künftigen Generationen in Anbetracht der Schuldenlast nicht zu verantworten.

Angesichts der somit dringend gebotenen Reform von Strukturen, Verfahren und Prozessen, aber auch um die Folgen der jahrelangen drastischen Unterfinanzierung der Bundeswehr zu überwinden, ist eine erhebliche Reduzierung des Gesamtumfangs der Bundeswehr unumgänglich. Dies war auch der Ausgangspunkt des Beschlusses der Bundesregierung. Er wird jetzt durch den Bericht des Generalinspektors in jeder Hinsicht bestätigt.

Dies bringt es zwangsläufig mit sich, dass auch die allgemeine Wehrpflicht auf dem Prüfstand steht. Bereits in den letzten beiden Jahrzehnten ist trotz der kontinuierlichen Verkleinerung des Streitkräfteumfangs die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten nur verhältnismäßig gering reduziert worden. Demgegenüber hat die Anzahl der Grundwehrdienst Leistenden erheblich abgenommen. Wehrpflichtige sind in Einsatzszenarien, wie wir uns ihnen heute gegenüber sehen, nicht unmittelbar einzusetzen. Dies zeigt, dass die Frage der Wehrform nicht aus ihrem sicherheitspolitischen Kontext herausgelöst werden kann.

In dem vorliegenden Bericht des Generalinspektors wird nachvollziehbar dargestellt, dass eine sicherheitspolitische Notwendigkeit für die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr gegeben ist. Es sind Streitkräftestrukturen möglich, die sich ausschließlich aus freiwillig Dienenden zusammensetzen, ohne damit die Bundeswehr als wirksames Instrument unserer Sicherheitspolitik zu beeinträchtigen. Auch die subsidiären Aufgaben der Bundeswehr zur Hilfeleistungen im Inland bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen sowie zur Unterstützung humanitärer Hilfsaktionen erfordern keine Grundwehrdienst Leistenden in ihrer bisherigen Form. Denn auch freiwillig dienende Soldatinnen und Soldaten können hier ihren Beitrag leisten. Für eine konzeptionell abzusichernde Rekonstitutionsfähigkeit in dem zumindest langfristig nicht gänzlich auszuschließenden Fall, dass sich die strategische Lage ändert, brauchen wir die Wehrpflicht in derzeitiger Form nicht. Denn mit der jedes Jahr ausscheidenden Anzahl an Zeitsoldaten und einem entsprechenden Reservistenkonzept kann eine hinreichende Aufwuchsfähigkeit sichergestellt werden. Es kommt hinzu, dass die Wehrpflicht als rechtlicher Status für

männliche Staatsbürger unangetastet bleibt. Ausgesetzt werden soll lediglich die Verpflichtung zum Grundwehrdienst.

Unbestritten ist, dass die allgemeine Wehrpflicht sich in den zurückliegenden 55 Jahren als Wehrform in Deutschland bewährt hat und immer Garant für eine leistungsfähige Bundeswehr war. Grundlage für unsere Entscheidung im Koalitionsvertrag, an ihr festzuhalten, war indes ein Streitkräfteumfang von 252.000 Soldatinnen und Soldaten. Bei geringer werdendem Gesamtumfang und dem Fortbestand der Wehrpflicht muss immer beachtet werden, dass die Grundwehrdienst Leistenden, die nicht an Einsätzen der Bundeswehr teilnehmen, viele der länger dienenden Soldaten durch rein wehrpflichtspezifische Aufgaben (Ausbildung / Führung der Rekruten) binden. Es muss vermieden werden, dass die für laufende Einsätze aber auch für die professionelle Ausbildung benötigten personellen und materiellen Ressourcen blockiert und die Bundeswehr insgesamt überfordert wird. Ein Erhalt des Grundwehrdienstes würde einen wesentlich höheren Gesamtumfang und einen erheblichen finanziellen Mehrbedarf voraussetzen, der finanzplanerisch bislang in keiner Weise abgebildet ist und auch nicht mit einem sicherheitspolitischen Mehrwert verbunden wäre.

Eine Aussetzung des Grundwehrdienstes würde darüber hinaus weitere Effizienzeffekte ermöglichen. So kann wegen der dann deutlich geringeren Zahl jährlich auszubildender Soldaten etwa die Ausbildungsorganisation erheblich verschlankt werden. Die Wehersatzorganisation würde zwar nicht gänzlich entfallen, doch auch sie könnte verkleinert werden. In der Folge ließen sich auch der zivile Personalumfang auf einer vernünftigen Zeitachse sozialverträglich verschlanken bzw. die Ressourcen an anderer Stelle zweckmäßiger einsetzen.

Eine Aussetzung des Grundwehrdienstes wäre logische Folge einer Umfangreduzierung der Bundeswehr, die mit einer sicherheitspolitischen Gesamtanalyse begründet ist. Sie wäre damit notwendige Konsequenz der neuen Bundeswehrstruktur, die ihrerseits Konsequenz der Erfordernisse der Einsätze ist. Erst die Aussetzung der Wehrpflicht ermöglicht die notwendigen strukturellen Anpassungen, ohne die eine Reduzierung der Zeit- und Berufssoldaten und des Zivilpersonals sowie deren zu verbessernde Ausrüstung und Ausstattung zusätzlich erschwert würden.

Ein attraktiv ausgestaltetes Freiwilligenmodell bietet zudem die Option, grundsätzlich zu fördernde Freiwilligendienste junger Männer und Frauen im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft auf eine neue und stabile Grundlage zu stellen.

III. Die weiteren Schritte

Die vom Generalinspekteur untersuchten Modelle für die Zukunft der Bundeswehr sollen zunächst eine Grundlage für die weitere Diskussion darstellen. Nach der sorgfältigen Auswertung des Berichts des Generalinspektors kann ich eine fachliche Empfehlung für dasjenige Reformmodell aussprechen, das von einem deutlich reduzierten personellen Gesamtumfang und als Alternative zum bisherigen Grundwehrdienst von einem Freiwilligen Wehrdienst ausgeht. Die in dem Bericht zugrundegelegte Größe von 163.500 kann dabei nach meiner Bewertung allerdings nur einen absoluten Mindestumfang darstellen. Der genaue Umfang wäre noch festzulegen, genauso wie konzeptionelle und rechtliche Details eines kurzzeitigen freiwilligen Wehrdienstes. Hier sind unterschiedliche Optionen der Ausgestaltung denkbar. In jedem Fall wird jungen Männern und Frauen die Chance geboten, auch für einen kürzeren Zeitraum in den Streitkräften Dienst zu leisten und damit staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen. Dies trägt neben der ohnehin bestehenden Personalfluktuations mit dazu bei, dass der stete Austausch von Streitkräften und Gesellschaft weiterhin gewährleistet ist. Dieses Modell sollte daher als Ausgangspunkt für die weiteren Planungen dienen.

Ich bin mir bewusst, dass die Reform der Bundeswehr auch und gerade mit der Aussetzung des Grundwehrdienstes eine große gesamtstaatliche Herausforderung darstellt, die wir nur gemeinsam bewältigen können und die für die Bundeswehr von morgen eine Reihe konsequenter Maßnahmen erfordert. Insbesondere eine qualitativ angemessene Nachwuchsgewinnung wird ohne verbesserte Rahmenbedingungen für einen attraktiven Dienst nicht zu erreichen sein. Die noch laufenden Arbeiten der Strukturkommission zu den ebenfalls reformbedürftigen Bereichen Spitzengliederung, personelle Zukunftsfähigkeit, Bundeswehr- und Haushaltsplanung sowie Rüstung, Nutzung und Logistik werden die Untersuchungen des Generalinspektors ergänzen und in die abschließenden Entscheidungen einfließen.

Ich werde nach Vorliegen einer vollständigen Feinausplanung, die auch die Ergebnisse der Strukturkommission aufgreift, ein Stationierungskonzept erarbeiten lassen, das unter anderem dem Prinzip der Präsenz der Bundeswehr in der Fläche Rechnung trägt. Dazu werde ich den engen und vertrauensvollen Dialog mit den Verantwortlichen vor Ort suchen. Erste konkrete Erkenntnisse dürften jedoch nicht vor Mitte 2011 vorliegen.

Ebenso befinden wir uns in engen Abstimmungsgesprächen mit Bündnispartnern, insbesondere auch denjenigen, die derzeit selbst den Strukturwandel gestalten.

In den vor uns liegenden Wochen wird die Diskussion über die Zukunft unserer Bundeswehr an Intensität weiter zunehmen. Der Bericht des Generalinspektors bildet dafür eine gute Basis. Für weitere konstruktive Vorschläge bin ich dankbar,

C. R. Young